

ERGEBNISDOKUMENTATION

ERSTE KONFERENZ AM 22.11.2017
ZUR FORTSCHREIBUNG DES
KOMMUNALEN ALTENPLANS

**PRIORISIERUNG DER MASSNAHMEN IN DEN FÜNF ZENTRALEN
ENTWICKLUNGSBEREICHEN**



IM AUFTRAG DER STADT OFFENBACH AM MAIN | SOZIALAMT | KOMMUNALE ALTENPLANUNG
STAND 15.01.2018

MODERATION | KOKONSULT KRISTINA OLDENBURG | KONTAKT@KOKONSULT.DE

INHALT

Teilnehmerliste	3
1. Einführung	5
2. Gruppendiskussionen an Thementischen nach den fünf Entwicklungsbereichen.....	5
3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen.....	6
3.1 Entwicklungsbereich Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Sicherung im Alter	6
3.2 Entwicklungsbereich Soziale Teilhabe – offene Seniorenarbeit	8
3.3 Entwicklungsbereich Information – Vernetzung	9
3.4 Entwicklungsbereich Wohnen und Stadtgestaltung	11
3.5 Entwicklungsbereich Sozialraumorientierung	14
4. Priorisierung der in den Entwicklungsbereichen gewählten Massnahmen.....	16
5. Abschluss und Ausblick	16

Teilnehmerliste

VORNAME	NACHNAME	INSTITUTION
Christin	Appel	Seniorentreff Emil-Renk-Haus
Ingo	Bauche	Quartiersmanagement
Oliver	Bode	Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e.V.
Robert	Brendel	Diakonisches Werk
Dieter	Dänner	Seniorenrat Offenbach
Naime	Demirezen	Ausländerbeirat
Tanja	Dubas	StattHaus Offenbach
Jörg	Engelmann	Seniorenrat
Ulrich	Gremm	Suchthilfezentrum Wildhof
Emma	Gros	Seniorenrat Offenbach
Gertrud	Helduser	Seniorenrat Offenbach
Marianne	Hermann	Seniorentreff Emil-Renk-Haus
Marcus	Hüls	Stadtplanungsamt
Sigrid	Isser	Seniorenhilfe Offenbach
Sigrid	Jacob	Freiwilligenzentrum Offenbach
Andrea	Jädike	ASB-Arbeiter-Samariter-Bund
Jutta	Kempf	Wohnbauförderung OF
Gerlinde	Klos	SOHG Stadtwerke Holding GmbH
Bettine	Köppe	Pflegestützpunkt Offenbach
Ulrich	Krause	Internetfuchs
Jörg	Kreiße	Behindertenhilfe in Stadt und Kreis Offenbach
Rainer	Marx	Behindertenbeirat
Wiebke	Novak-von Livonius	Behindertenbeirat
Jürgen	Platt	Lebenszeiten e.V.
Holger	Pohl	GBO – Gemeinnützige Baugesellschaft mbH
Klaus	Pormetter	NiO Nahverkehr in Offenbach
Wolfgang	Reuter	Seniorenrat
Hanne	Schirmer	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Peter	Schneider	Sozialdezernent
Jürgen	Schomburg	Dienste im Quartier
Matthias	Schulze-Böing	MainArbeit
Helmut	Schwoll	VDK

Matthias	Seiler	Stadtplanungsamt
Frank	Seubert	Stadtplanungsamt
Mieke	Steilberg	Stiftung LEBENSÄÄUME Offenbach
Claudia	Steiner	Kommunale Behindertenbeauftragte
Hermann	Stiegler	IG Metall Offenbach
Günter	Weiß	Seniorenhilfe Offenbach
Dagmar	Wiegand	Sozialamtsleitung
Ingrid	Wittfeld	SoNAh/Caritas
Sabine	Zarth	Wohnungsamt Offenbach

STADTVERORDNETE

Ursula	Richter	Fraktion Die Grünen
Nata	Kabir	Fraktion Die Grünen
Ellen	Glaesner	CDU-Stadtverordnetenfraktion
Gertrud	Marx	SPD-Fraktion
Dominik	Imeraj	Wählervereinigung Junges Offenbach
Rainer	Matern	SPD 60+
Dennis	Lehmann	Freie Wähler

1. Einführung

Am 22. November 2017 fand die erste Konferenz zur Priorisierung der Maßnahmen zu den in der Fortschreibung des kommunalen Altenplanes 2017 formulierten zentralen Entwicklungsbereichen im Ostpol in Offenbach statt.

Heidi Weinrich, kommunale Altenplanerin der Stadt Offenbach am Main, begrüßte die Gäste und stellte die Moderatorin des Abends, Kristina Oldenburg vom Beratungsinstitut KOKONSULT vor.

Bürgermeister und Sozialdezernent Peter Schneider nahm die Einordnung in das Thema „Älterwerden in Offenbach“ vor und stellte seine Zielsetzung mit der von ihm einberufenen Konferenz dar.

Frau Weinrich fasste dann kurz die zentralen Ergebnisse der Fortschreibung des kommunalen Altenplans (Kapitel 7) zusammen und erläuterte die daraus formulierten fünf Entwicklungsbereiche mit den dazugehörigen Zielen. Sie lauten:

- Entwicklungsbereich 1: Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Sicherung im Alter
Entwicklungsziel: Zufriedenstellende ökonomische Lebenslage für ältere Menschen in Offenbach am Main
- Entwicklungsbereich 2: Soziale Teilhabe – Offene Seniorenarbeit
Entwicklungsziel: Bedarfsadäquates und koordiniertes offenes Angebot für ältere Menschen in Offenbach am Main
- Entwicklungsbereich 3: Information – Vernetzung
Entwicklungsziel: Transparenz in der kommunalen Seniorenarbeit und über bestehende seniorenspezifische Angebote herstellen
- Entwicklungsbereich 4: Wohnen und Stadtgestaltung
Entwicklungsziel: In Offenbach wohnen die Bürgerinnen und Bürger – auch mit Einschränkungen – so lange wie möglich selbstbestimmt und selbstständig im privaten Wohnraum und Umfeld.
- Entwicklungsbereich 5: Sozialraumorientierung
Entwicklungsziel: Räumliche und soziale Zusammenhänge werden bei der Stadtentwicklung mitberücksichtigt. Alltagsbedarfe und -bedürfnisse älterer Menschen werden bei der Infrastrukturentwicklung mit eingeplant.

Im Anschluss erklärte Frau Oldenburg den Arbeitsauftrag für die Arbeitsgruppen.

Insgesamt nahmen 50 Personen an der Konferenz teil, davon sieben Stadtverordnete.

2. Gruppendiskussionen an Thementischen nach den fünf Entwicklungsbereichen

Die Arbeitsgruppen bestanden aus jeweils 6-12 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Je nach fachlich-inhaltlichem Fokus wurde eine Zuordnung zu den Entwicklungsbereichen vorgenommen. Zudem waren mindestens eine Stadtverordnete bzw. ein Stadtverordneter und eine Person des Seniorenrates an den Thementischen.

Zu den fünf Entwicklungsbereichen sollten die Maßnahmen wie folgt diskutiert werden:

1. SCHRITT

Zunächst war es Aufgabe, die in der Fortschreibung des Altenplans benannten Maßnahmen in ihren jeweiligen Entwicklungsbereichen zu priorisieren.

2. SCHRITT

Nach einer Einigung innerhalb der Gruppe zur ersten Priorität folgte die Konkretisierung. Es sollte dezidiert beschrieben werden, wie diese Maßnahme praktisch umzusetzen ist und wer dafür die Federführung übernehmen sollte.

3. SCHRITT

Die Gruppen hatten dann die Aufgabe, eine Beschlussvorlage zu formulieren.

Nach der Gruppenphase folgte eine jeweilige Vorstellung der Ergebnisse im Plenum.

3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

3.1 Entwicklungsbereich Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Sicherung im Alter

Im Entwicklungsbereich „Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Sicherung im Alter“ sind im Altenplan folgende Maßnahmen dargestellt:

- a) Entlohnte Arbeitsmöglichkeiten für Ältere entwickeln und sichern. Nachhaltige Arbeitsmarktprojekte entwickeln.
- b) Qualifizierung und Gesundheitsförderung (nicht nur) älterer Erwerbstätiger.
- c) Kostenlose bzw. kostengünstige Hilfen und Unterstützungsangebote schaffen, um Auswirkungen von Altersarmut zu begegnen.
- d) Bürgerschaftliches Engagement auch für Menschen mit Behinderung ermöglichen.

Die Gruppe priorisierte aus diesen Maßnahmen ein Arbeitsmarktprojekt für Ältere. Das Projekt sollte als Zielgruppe etwa 100 Personen haben, die von Altersarmut betroffen sind. Diese sollten im Rahmen des Projektes beraten und qualifiziert sowie in Beschäftigung vermittelt werden. Dadurch soll zusätzliches Einkommen generiert werden können. Dabei wurde thematisiert, ob eine Förderung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) möglich wäre. Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, welche Rolle das Sozialamt und das Sozialgesetzbuch (SGB) XII spielen sollen.

Per Internet sollen Arbeitgeberinnen und -geber angesprochen werden. Auch in Richtung „neues Ehrenamt“ könne gedacht werden. Diverse niedrigschwellige Beschäftigungen könnten angeboten werden wie „Übungsleiter/in“ oder „Bürgerhilfe“. Bei allen Anstrengungen sollten Fähigkeiten und Talente erkannt und erschlossen werden.

Beim Ausarbeiten wurde festgestellt, dass Altersbeschäftigung in den höheren Qualifikationsstufen kein Problem darstelle.



Die Gruppe formulierte ihr Ergebnis folgendermaßen:

ANTRAG: DER MAGISTRAT WIRD BEAUFTRAGT, EIN ARBEITSMARKTPROJEKT FÜR ÄLTERE ZU ENTWICKELN UND UMZUSETZEN.

Ziel: Ca. 100 Personen, die von Altersarmut betroffen oder bedroht sind, für Erwerbsarbeit gewinnen und in Beschäftigung bringen (Arbeitsvermittlung, Coaching). Als Beschäftigung gelten alle Tätigkeiten die im weitesten Sinne zu einem zusätzlichen Erwerbseinkommen führen (geringfügige Tätigkeit, Teilzeittätigkeit, selbstständige Tätigkeit, Gig-Economy).

Das Projekt umfasst Beratung, Qualifizierung, Vermittlung, Begleitung und bei Bedarf, nachgehende Betreuung.

Umsetzer: Amt für Arbeitsförderung

Kooperationen: Arbeitsagentur, IHK, offene Seniorenarbeit, weitere in der Seniorenarbeit tätige Organisationen, Freiwilligenzentrum.

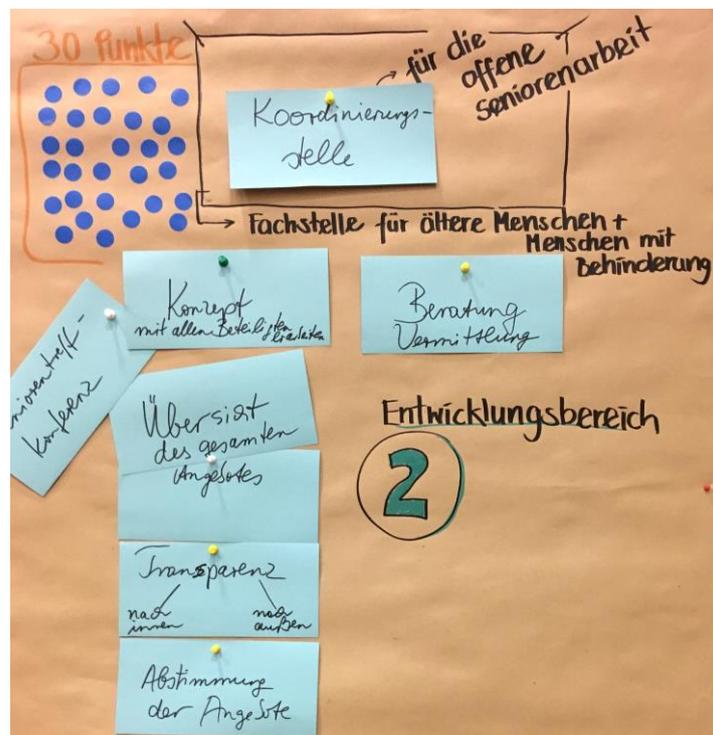
Der Magistrat stellt einen kommunalen Finanzierungsanteil in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung und prüft weitere Finanzierungsmöglichkeiten über den Europäischen Sozialfonds, Stiftungen und andere. Das Projekt ist als Experiment und für eine Dauer von zunächst zwei Jahren angelegt.

3.2 Entwicklungsbereich Soziale Teilhabe – offene Seniorenarbeit

Im Entwicklungsbereich „Soziale Teilhabe – Offene Seniorenarbeit“ waren folgende Maßnahmen zu diskutieren:

- a) Zentrale Koordinierungsstelle für die offene Seniorenarbeit, um Anbieter von Seniorenangeboten zu vernetzen, Koordination und Bedarfsorientierung der Angebote sowie Synergien herzustellen.
- b) Info- und Beratungsstelle für sozialräumliche Seniorenarbeit zur Förderung generationsübergreifenden Zusammenlebens in den Stadtteilen.

Die Gruppe präferierte die zentrale Koordinierungsstelle für die offene Seniorenarbeit. Als zuständige Stelle wurde dafür die Fachstelle für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung vorgeschlagen. In der Diskussion wurde angesprochen, dass das Konzept zur Koordinierungsstelle mit allen Beteiligten erarbeitet werden soll. Die Stelle soll eine Übersicht über alle Angebote der offenen Seniorenarbeit herstellen und diese abstimmen. Sie soll beratend und vermittelnd tätig sein und eine Seniorentreff-Konferenz organisieren, bzw. einen regelmäßigen runden Tisch. Die Koordinierungsstelle soll dafür verantwortlich sein, Transparenz nach innen und außen herzustellen.



Die Gruppe des Entwicklungsbereichs 2 formulierte Ihre Beschlussvorlage folgendermaßen:

ANTRAG:

SCHAFFUNG EINER KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR DIE OFFENE SENIORENARBEIT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass eine zentrale Koordinierungsstelle für die offene Seniorenarbeit bei der Fachstelle für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung geschaffen und angesiedelt wird.

Begründung:

Momentan fehlt es in Offenbach an einer Gesamtkonzeption und Koordinierung der offenen Seniorenarbeit. Ziel ist es Transparenz für die/den Nachfragenden zu schaffen (durch individuelle Beratung und Vermittlung der Seniorinnen und Senioren) und des Weiteren zu einer Vernetzung der Träger beizutragen, um zu einer Abstimmung der Angebote zu gelangen.

Um einen regen Austausch zwischen der Koordinierungsstelle und den Trägern zu gewährleisten, wird ein regelmäßig tagender runder Tisch angeregt.

3.3 Entwicklungsbereich Information – Vernetzung

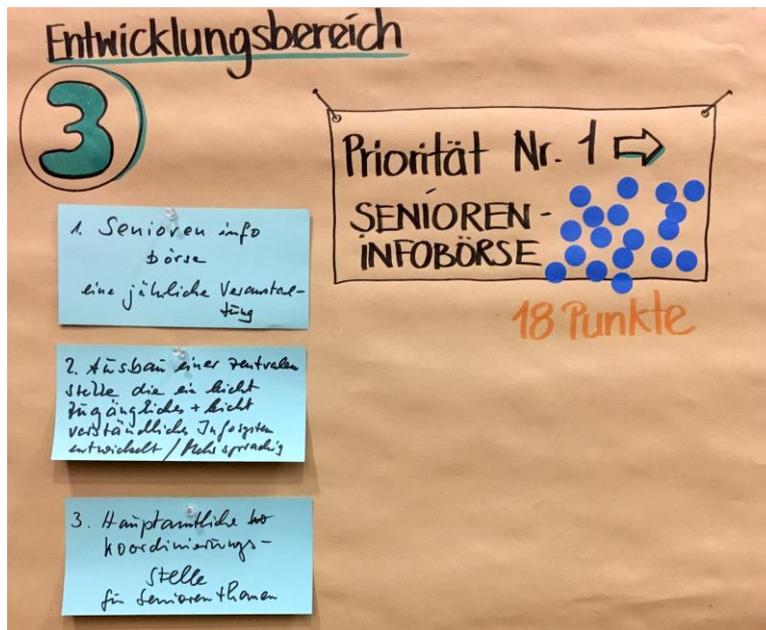
Im Entwicklungsbereich „Information - Vernetzung“ sind in der Fortschreibung des Altenplanes folgende Maßnahmen dargestellt:

- a) Vernetzung der in der Altenarbeit und -hilfe Tätigen sowie der Träger der Hilfen für Menschen mit Behinderung. Wiederbelebung des „Qualitätszirkels Gesundheit“.
- b) Weiterer Ausbau eines schlüssigen und aktuellen Informationssystems, welches den unterschiedlichen Bedarfen von Älteren entspricht.
- c) Informationsveranstaltungen rund ums Älterwerden in Offenbach.

Diese Gruppe entschied sich für die Reaktivierung der Senioren-Infobörse als erste Priorität.

Als zweites wurde eine zentrale Stelle gewünscht, die ein leicht zugängliches und schlüssiges Infosystem installiert, vergleichbar eines Newsletters, der Quartalsweise erscheint. Er sollte die verschiedenen Angebote, Höhepunkte und Ausflüge für Senioren enthalten. Dies sollte bestenfalls mithilfe einer hauptamtlichen Stelle bei der Stadt geschehen. Dabei soll möglichst auf leichte Sprache geachtet werden. Dieses zudem mehrsprachig anzubieten war der Gruppe wichtig.

Als drittes ist die Institutionalisierung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle für Seniorenthemen der Gruppe ein Anliegen. Die Koordinierung einer trägerübergreifenden Arbeitsgruppe für Seniorenbelange mit halbjährigen Sitzungen, die zielorientiert, konkrete Themenbereiche erörtert und in Aufträge formuliert. Ebenso sollen durch Abstimmung der Angebote, Doppelangebote vermieden sowie Synergien hergestellt werden.



Die Gruppe Information – Vernetzung formulierte als oberste Priorität folgende Forderung an die Stadtverordneten:

ANTRAG: REGELMÄSSIG STATTFINDENDE SENIOREN-INFOBÖRSE

Die Senioren-Infobörse soll als eine regelmäßige Veranstaltung für ältere Menschen und deren Angehörige wieder aktiviert werden.

Diese Veranstaltung soll einmal jährlich durchgeführt werden.

Dafür soll Geld im Haushalt bereitgestellt werden.

3.4 Entwicklungsbereich Wohnen und Stadtgestaltung

Im Entwicklungsbereich „Wohnen und Stadtgestaltung“ sind in der Fortschreibung folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- a) Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben und Planungsgrundlagen für die Bereiche Wohnen und Stadtgestaltung konsequent verfolgen mit dem Ziel, barrierefreien Wohnraum zu schaffen.
- b) Nachbarschaft unterstützendes Wohnen und alternative Wohnformen ermöglichen, z.B. gemeinschaftliche Wohnprojekte.
- c) „Begehbare Offenbach – begehbare Quartiere“ Förderung einer Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gewährleistenden Stadtgestaltung.
- d) Wiedereinrichtung einer Wohnberatung und –vermittlung.

Anmerkung: Die Gruppe hat zu den einzelnen Maßnahmen vorab eine inhaltliche Diskussion geführt und die jeweilige Problemlage konkret beschrieben. Die Diskussion wurde ausführlich protokolliert und wird daher hier aufgeführt.

a) Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, den Bedarfen älterer Menschen entsprechend, schaffen

Diskussion:

- Barrierefreie Wohnungen sind nicht in ausreichender Anzahl und zu bezahlbarer Miete am Markt erhältlich. Die Rente ist für barrierefreies Wohnen häufig nicht ausreichend, da nur neue Wohnungen mit entsprechenden Mietpreisen in diesem Standard angeboten werden.
- Geförderte Wohnungen mit einer Miete um die 7,00 € sind für die meisten Rentnerinnen und Rentner noch viel zu teuer. („Wo bleiben die Rentner/innen mit kleinen Einkommen?“)
- Beim Wohngeld sind keine Spielräume für Anpassungen vorhanden. Die Zugänglichmachung von Geldern über das Sozialamt klappt aber gut.
- Problematisch ist auch die Erreichbarkeit von Wohnungen für auf Rollstuhl oder Rollator angewiesene Besucherinnen und Besucher.
- Die Wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt Offenbach werfen Fragen auf, da sie
 - erst ab 50 Wohnungen greifen
 - nicht immer umgesetzt werden (z. B. Toys“R“Us-Gebäude).

Forderung:

Es wird eine verlässliche, konsequente und verbindliche Umsetzung der Wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt gefordert!

b) Unterstützung alternativer, nachbarlicher und gemeinschaftlicher Wohnformen

Diskussion:

- Neue Wohnformen z.B. Genossenschaftliches Wohnen wurden in Offenbach seit dem Vorhaben in der Weikertsblochstraße leider nicht mehr umgesetzt. Beklagt wird eine mangelnde politische Unterstützung. Solange Grundstücke meistbietend vergeben werden, haben Initiativen keine Chance auf bezahlbare Objekte.
- Die GBO ist bereit solche Projekte erneut zu unterstützen.

- Ab 2018 werden externe Aufträge für Beratungsleistungen für Genossenschaftliche Wohnprojekte von Landesseite gefördert. Von städtischer Seite wurde die Relevanz dieser Wohnformen erkannt.
- Es wird auch ein Potential zur Umsetzung gemeinschaftlicher Wohnprojekte bei privaten Vorhaben gesehen, dafür kann jedoch nur geworben werden.

Forderung:

Es wird für städtische Grundstücke eine Konzeptvergabe, auch in Verbindung mit Erbbaurechten sowie eine Bevorratung von geeigneten Grundstücken gefordert.

c) Wiedereinrichten einer Wohnberatung und -vermittlung

Diskussion:

Seniorinnen und Senioren verlassen die bewohnte große Wohnung bzw. Haus nicht, da kleinere, barrierefreie Wohnungen häufig eine Erhöhung der Mietbelastung darstellen würden. Eine Umzugshilfe mit Bedarfsberatung und Wohnungsvermittlung fehlt ebenso wie eine Beratung für Maßnahmen zum Verbleib in der eigenen Wohnung.

Forderung:

- Beratung und Umzugsservice sollte wiedereingeführt werden. Hier wird die Unterstützung zur Bedarfserkennung und Wohnungssuche hervorgehoben.
- Die Wohnberatung der Stadt soll wiederbelebt werden.

d) Begehbare Offenbach - begehbare Quartiere

Diskussion: Barrierefreiheit im öffentlichen Raum:

- Die Qualität und Barrierefreiheit des neu gestalteten öffentlichen Raumes wird als gut bewertet. Die Pflege und Unterhaltung des Bestandes ist jedoch im Argen und sollte dringend ernst genommen werden.
- Die bautechnischen Standards aus dem Neubau sollen sukzessive auch im Bestand umgesetzt werden. In besonderem Fokus sind hier Stolperfallen, die z. B. durch Wurzelwerk entstehen. (z. B. Buchenweg, Am Stützel)
- Die Genehmigungspraxis und Kontrolle von Sondernutzungen kann wesentliche Verbesserungen erwirken.

Forderung:

Stolperfallen sollen konsequent beseitigt werden! Bestandsgehwege sollen sukzessive in aktuellem Standard erneuert und Sondernutzungen regelmäßig überprüft werden.

Diskussion: Öffentliche Toiletten:

- Öffentliche Toiletten sind nicht in ausreichender Anzahl verfügbar. Die Standorte der vorhandenen WCs sind oftmals nicht bekannt.
- Die Bestandstoilette am Marktplatz ist meist defekt.

- Nutzung von Toiletten in Gaststätten gegen einen Obolus wird von den Betreibern i. R. nicht befürwortet.

Forderung:

- Es soll ein Netz von Toiletten entstehen.
- Es wird gefordert eine zentrale Toilette am Marktplatz, z. B. auf dem neuen Toys“R“Us - Gelände oder im CityCenter zu errichten, bzw. die bestehende in Stand zu halten.

Diskussion: Rastmöglichkeiten

Bänke sind als Rastmöglichkeiten wichtig. Es wird auf ein konkretes Modell einer Seniorenbank mit erhöhter Sitzfläche sowie Rücken- und Armlehnen hingewiesen.

Forderung:

Bei Neuplanungen öffentlicher Räume sollen seniorengerechte Bänke aufgestellt werden.

Unter diesen Maßnahmen entschied sich die Gruppe dafür, dass die Teilhabe von Älteren am Wohnungsmarkt verbessert werden soll und die Angebote diesbezüglich diversifiziert werden sollen. Die Gruppe formulierte ihr Ergebnis folgendermaßen:

ANTRAG: TEILHABE VON ÄLTEREN AM WOHNUNGSMARKT UND DIVERSIFIZIERUNG DER ANGEBOTE

1. Durchsetzung der Wohnungspolitischen Leitlinien mit der Forderung eine Förderquote von 30 % im Geschosswohnungsbau konsequent anzuwenden.
2. Gleichzeitig sollen gemeinschaftliche und alternative Wohnformen durch vorrangige Berücksichtigung bei städtischen Grundstücksverkäufen (Konzeptvergabe) bzw. sonstigen Gelegenheiten unterstützt werden.

Begründung:

zu 1.

Die Wohnungspolitischen Leitlinien (2006-11/DS-I(A)0696), werden begrüßt. Seither wurden diverse Projekte jedoch mit unterschiedlichen Quotenregelungen für den geförderten Wohnungsbau umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht. Die Durchgriffsmöglichkeiten zur Einhaltung der Quoten sollen genutzt werden, um diese Ziele der Leitlinie konsequent umzusetzen.

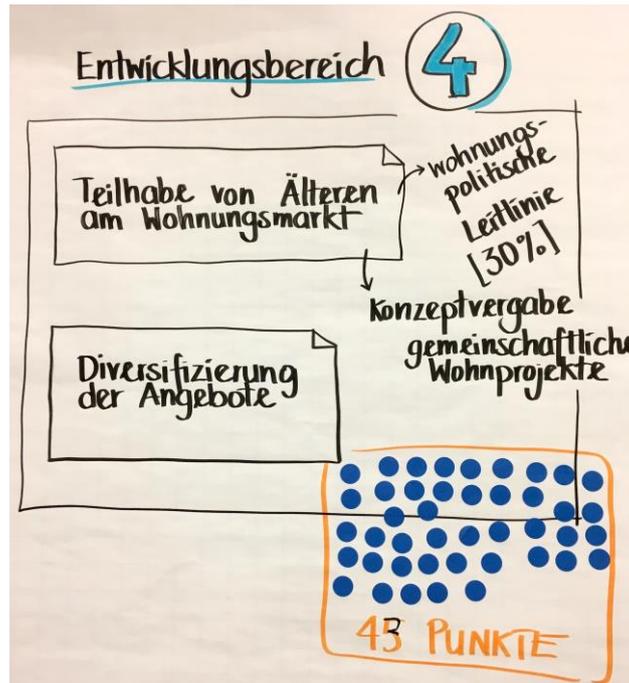
zu 2.

Dem ersten gemeinschaftlichen Offenbacher Wohnprojekt „Weikertsbloch“, das eine sehr positive Resonanz erfährt, konnten bisher keine weiteren Projekte folgen. Gleichzeitig ist die Realisierung weiterer vergleichbarer Wohnprojekte ausdrückliches Ziel der Wohnungspolitischen Leitlinien.

Es besteht ein großes Interesse verschiedener Gruppen solche Projekte zu initiieren und voranzubringen. Dazu bedarf es Unterstützung von Seiten der Stadt bei der Grundstücksvergabe, z. B. durch Implementierung eines Systems zur Konzeptvergabe.

Eine Bevorratung von Grundstücken und Vergabe in Erbpacht erhöht dabei die Umsetzungsmöglichkeiten für diese nachbarschaftsunterstützenden Wohnformen.

Des Weiteren soll geprüft werden, ob in Projekten Dritter solche Vorhaben integriert werden können – ggf.in Verbindung mit der Realisierung der geförderten Wohneinheiten nach Ziffer 1.



3.5 Entwicklungsbereich Sozialraumorientierung

Im Entwicklungsbereich „Sozialraumorientierung“ stand eine Maßnahme zur Diskussion:

- a) Politischer Beschluss und Umsetzung durch Verwaltung, dass der Sozialraumansatz zum allgemeinen Planungsansatz wird.

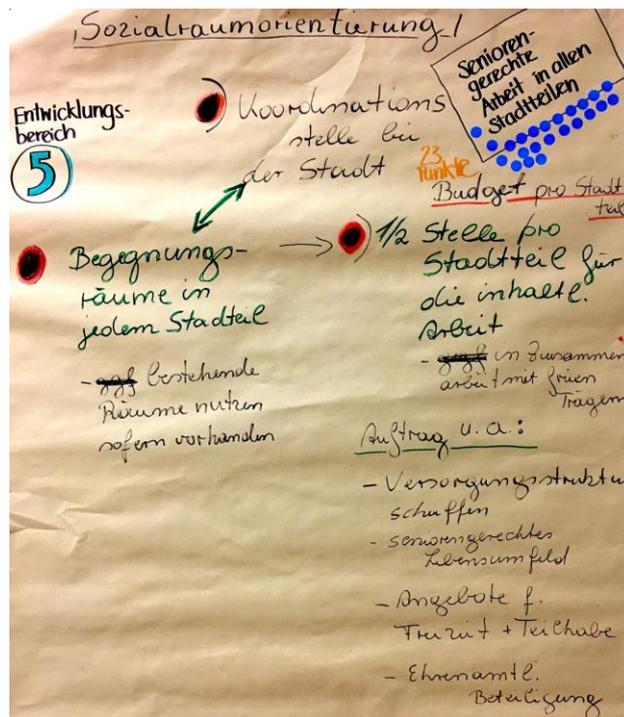
Die Gruppe entschied sich dafür, als Maßnahme „Seniorenrechte Arbeit in allen Stadtteilen“ zu fordern. Sie Bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Erweiterung des § 71 SGB XII in 2016. Ziel ist eine Sozialraumorientierte Arbeit für Ältere, die jedoch alle Zielgruppen einbezieht. Bereits vorhandene Angebote sollen einbezogen, der Versorgungsbedarf geklärt und fehlende Angebote erstellt werden, wie Betreuungsangebote oder Stadtteilmärkte.

Dafür soll eine übergeordnete Koordinationsstelle bei der Stadtverwaltung für die Organisation und Koordination der sozialräumlichen Arbeit angesiedelt sein. Pro Stadtteil soll zudem eine ½ Stelle für inhaltliche Arbeit zur Verfügung stehen.

Für die sozialraumorientierte Seniorenarbeit soll es Begegnungsräume in jedem Stadtteil geben und bestehende Räume genutzt werden.

Die freien Träger sollen eingebunden werden, um einen zusätzlichen Stabilisationsfaktor zu erhalten. Ebenso sind die Potentiale ehrenamtlich Tätige einzubinden.

Durch die Stadt soll eine stabile Basisfinanzierung geleistet werden.



Die Gruppe zum Entwicklungsbereich Sozialraumorientierung formulierte ihr Ergebnis in folgender Weise:

ANTRAG: STADTTEILE ENTWICKELN ZU SOZIALRÄUME FÜR ÄLTERE

Um ein seniorenrechtliches Lebensumfeld in den Stadtteilen herzustellen und die notwendigen Versorgungsstrukturen zu schaffen, wird der Magistrat wie folgt beauftragt:

- Unter Einbeziehung der vorhandenen Angebote und Akteure werden in allen Offenbacher Stadtteilen Räumlichkeiten für sozialraumorientierte seniorenrechtliche Arbeit zur Verfügung gestellt.
- Für die o.g. Arbeit wird für jeden Stadtteil ein Budget bereitgestellt, das sowohl Personalkosten (eine 1/2 Stelle pro Stadtteil) als auch Sachkosten voll umfänglich abdeckt.
- Die übergreifende Koordination der Stadtteilarbeit liegt in der Verantwortung der Stadt Offenbach.

Begründung:

Sozialraumorientierte offene Seniorenarbeit dient der Prävention, schließt Versorgungslücken und entlastet mittel- bzw. langfristig den kommunalen Haushalt.

Darüber hinaus werden die Potentiale des Stadtteils und der dort lebenden Menschen in Form von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement nutzbar gemacht. Die Gemeinschaft wird gestärkt, Nachbarschaft vernetzt und stabilisiert.

4. Priorisierung der in den Entwicklungsbereichen gewählten Massnahmen

Nach der Gruppendiskussion an den fünf Thementischen stellten Gruppenvertreterinnen und -vertreter der jeweiligen Entwicklungsbereiche die Maßnahme mit der höchsten Priorität in ihren Bereichen vor.

Zum Schluss bekam das Plenum die Möglichkeit die fünf vorgetragenen Maßnahmen durch das Kleben von Punkten zu Priorisieren.

Die Priorisierung der Maßnahmen ergab folgendes Bild:

MASSNAHME (RANGFOLGE)	VERGEBENE PUNKTE
Teilhabe von Älteren am Wohnungsmarkt	43 Punkte
Koordinierungsstelle für offene Seniorenarbeit	30 Punkte
Arbeitsmarkt-Projekt für Ältere	27 Punkte
Senioren gerechte Arbeit in allen Stadtteilen	23 Punkte
Senioren-Infobörse	18 Punkte

5. Abschluss und Ausblick

Zum Schluss der Veranstaltung bedankte sich Bürgermeister und Sozialdezernent Peter Schneider bei den Teilnehmenden, der Moderation und der Projektleitung für die gelungene Veranstaltung. Die Ergebnisse sollen in die politische Diskussion eingebracht werden, mit dem Ziel konkrete Maßnahmen 2018 auf den Weg zu bringen.